



Heidrun Bluhm
Mitglied des Deutschen Bundestages

An die
Ministerpräsidenten der deutschen Länder

23.01.2007

Offener Brief

Anträge zu Altschuldenhilfe und Grunderwerbssteuerbefreiung für Wohnungsunternehmen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Bundesrepublik Deutschland durchläuft gerade eine Phase schwerwiegender Umbrüche und Umgestaltungen. Föderalismusreform I und II, Gesundheitsreform, Steuerreform, die so genannten Hartz I - Hartz IV – Reformen sind nur eine Auswahl von Schlagwörtern, die die gegenwärtigen politischen, auch parteipolitischen Debatten bestimmen. Dabei gehen die Konfliktlinien längst nicht nur durch die politischen Lager, sondern verlaufen beispielsweise auch zwischen Bund und Ländern. Uns alle eint dabei sicher stets das Motiv, die Bundesrepublik Deutschland zukunftsfähig zu gestalten.

Als großes gesamtdeutsches Strukturproblem zeigt sich immer mehr der demografische Wandel. Bevölkerungsrückgang, Ein-, Aus- und Abwanderung stellen an Bund, Länder und Gemeinden enorme Anforderungen. Dies betrifft auch den Bereich Stadtentwicklung und insbesondere die kommunale Wohnungswirtschaft.

Diesem Gedanken folgend stellte die Fraktion DIE LINKE jeweils einen Antrag, die Grunderwerbssteuerbefreiung für kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen über den 31.12.2006 hinaus fort zu setzen und die noch nicht getilgten vereinigungsbedingten Altschulden der betroffenen Wohnungsunternehmen durch den Bund zu streichen. Diese Anträge sind durch die Koalitionsfraktionen abgelehnt worden. Beide Anträge hätten die wirtschaftliche Stabilität der Wohnungsunternehmen wesentlich verbessern können und damit auch neue Dynamik in die laufenden Stadtumbauprozesse gebracht.



Heidrun Bluhm

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Bauministerkonferenz hatte zuletzt auf ihrer Tagung am 10.06.2006 in Stralsund auf die Altschuldenproblematik selbst bei Wohnungsunternehmen mit weniger als 15 Prozent Leerstandsquote hingewiesen. Auf der Jahrestagung der Wohnungswirtschaft Sachsen/Anhalt in Halle am 24. Oktober hat der dortige Landesbauminister ebenfalls die Altschuldenübernahme durch den Bund und die Fortführung der Grunderwerbssteuerbefreiung eingefordert.

Im Interesse eines erfolgreichen Strukturwandels in den bundesdeutschen Städten appelliere ich an Ihre bundespolitische Verantwortung und rufe Sie daher auf, im Bundesrat parlamentarische Initiativen zu ergreifen, um die wirtschaftliche Konsolidierung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft durch Lösung der Altschuldenfrage und Fortsetzung der Grunderwerbsteuerbefreiung über den 31.12.2006 hinaus zu unterstützen. Meine Fraktion wird diese Themen auch weiterhin im Bundestag mit entsprechenden Initiativen aufrufen. Unterstützen Sie uns im Interesse der sozialen Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bei diesen Vorhaben mit ihren föderalen Möglichkeiten.

In Erwartung Ihrer Antwort und mit den besten Wünschen für 2007, verbleibe ich

Hochachtungsvoll

Heidrun Bluhm, MdB
bau- und wohnungspolitische Sprecherin,
Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag